

A. EINFÜHRUNG

1. DER KONTEXT

Am Abend des 3. April 1473 überfielen zwei Adlige mit einigen Helfern ein Schiff mit eidgenössischen Kaufleuten auf dem Rhein, die sich rheinaufwärts auf dem Weg zur Frankfurter Frühjahrsmesse befanden. Im Verlauf der Handgreiflichkeiten wurde ein Berner Kaufmann getötet, während die restlichen zehn zum Anlegen an das Ufer gezwungen wurden. Sie und ihre Handelswaren wurden daraufhin in die Burg Schuttern überführt, die einem der Täter gehörte. Dort wurden sie für rund eine Woche festgehalten, bis sie am 11. April 1473 von Straßburger Truppen befreit wurden. Für einen Zeitgenossen des Geschehens, den Chronisten und Unterschreiber in der Kanzlei der Stadt Bern, Diebold Schilling, war es wenige Jahre später offensichtlich, dass der Überfall auf die Kaufleute und ihre Befreiung zu einem engen Zusammenrücken der Eidgenossen untereinander, aber auch zwischen diesen und den oberrheinischen Reichsstädten Basel und Straßburg geführt hatte.¹

Die vom Chronisten Schilling beschriebenen Ereignisse berühren unmittelbar das Thema der vorliegenden Arbeit. Denn einer der Täter, Bilgeri von Heudorf, war zum Zeitpunkt des Überfalls burgundischer Rat, ein „alter Bekannter“ der oberrheinischen Reichsstädte sowie der Eidgenossen und hatte letzteren dreißig Jahre zuvor gemeinsam mit anderen Adligen den Krieg erklärt, in dessen Verlauf er das bei Basel gelegene Rheinfeld überfallen und einige Bürger gefangen genommen hatte.² Da es sich bei einem von diesen Gefangenen um den während der Burgunderkriege in der Basler Kanzlei als Unterschreiber arbeitenden Walther Bomgarter gehandelt hatte, war Heudorf auch für die Basler Führungsgruppe kein Unbekannter.³ Zahlreiche Streitigkeiten in den Jahren darauf, in denen vor allem die seit 1454

1 TOBLER, Berner Chronik, S. 97 ff. (siehe dazu auch die Darstellung des Geschehens aus Diebold Schillings Chronik auf der Vorderseite dieses Bandes).

2 Zu Bilgeri von Heudorf vgl. ERWERTH, Bilgeri von Heudorf; HANSJAKOB, Waldshuter Krieg; von WYSS, Bilgeri von Heudorf; HEINIG, Kaiser Friedrich III., Band 1, S. 377 f.; zum anderen Täter, bei dem es sich um Diebold von Geroldseck handelte, vgl. HLAWITSCHKA, Notizen; zum so genannten „Alten Zürichkrieg“ vgl. NIEDERSTÄTTER, Alte Zürichkrieg; zur Gefangennahme der Basler Bürger vgl. BERNOULLI, Basler Chroniken 4, S. 386–391.

3 Kurz darauf trat Heudorf in Dienst des österreichischen Herzogs Albrecht VI. und bemühte sich in dieser Funktion darum, die Stadt Schaffhausen wieder unter österreichischen Einfluss zu bringen. Dabei kamen ihm seine Erbansprüche auf die Burg Laufen entgegen, die sich im Besitz einer Schaffhausener Familie befand. Im Zuge des daraus erwachsenden Streits eroberte er 1449 unter anderem Laufen sowie Rheinau, wo er 23 Jahre später gemeinsam mit Diebold von Geroldseck den eingangs erwähnten Überfall auf die eidgenössischen Kaufleute auf dem Rhein unternahm. Truppen der Stadt Schaffhausen plünderten in den folgenden Wochen zahlreiche von Heudorfs Besitzungen, für den das ein willkommener Anlass war, um in der folgenden Zeit gegen Schaffhausen und ihre Bürger vorzugehen. Für die Schaffhausener Räte hingegen führten die Streitigkeiten mit Heudorf zu einem verstärkten Kontakt zu den Eidgenossen, mit denen

unter Schutz der Eidgenossen stehende Stadt Schaffhausen eine Rolle spielte, waren die Folge.⁴ Sie gipfelten letztlich im Juni 1468 in den „Waldshuter Krieg“ zwischen den Eidgenossen und dem Dienstherrn Heudorfs, Herzog Albrecht VI. von Österreich.⁵ Der Krieg war von österreichischer Seite in erster Linie gegen Schaffhausen und Mülhausen gerichtet. Das empörte insbesondere Bern und Solothurn, da sie 1466 ein Bündnis mit Mülhausen geschlossen hatten.⁶ Nach Plünderungszügen im Sundgau belagerten eidgenössische Truppen daraufhin im Sommer 1468 Waldshut, wo sich neben zahlreichen weiteren Adligen aus dem Sundgau auch der spätere Geiselnnehmer Heudorf aufhielt. Bern drängte in der Folge unter Führung seiner beiden Hauptleute Nikolaus von Diesbach und Nikolaus von Scharnachtal auf die Eroberung der Stadt, da man an einer Expansion dorthin interessiert war.⁷

sie im Juni 1454 ein Schutzbündnis schlossen. Zum Hintergrund ist zu sagen, dass Schaffhausen im Zuge der Auseinandersetzungen um den Aargau im Jahr 1415 reichsfrei geworden war, dazu BAUM, Habsburger, S. 304–308; HEINIG, Kaiser Friedrich III., Band 1, S. 378 (im Gefolge Albrechts erhielt Heudorf den Ritterschlag auf der Tiberbrücke in Rom); zu Schaffhausen im Spätmittelalter vgl. LANDOLT, Finanzhaushalt.

- 4 SEGESSER, Abschiede Nr. 418, S. 270 u. S. 875–878 (Beilage Nr. 34); vgl. dazu auch BAUM, Habsburger, S. 326f. Zum Status „zugewandter Ort“ vgl. CHRIST, Konflikte. Als zugewandter Ort durfte Schaffhausen nun ohne Einverständnis der Eidgenossen keine Kriege führen, wofür diese ihr im Gegenzug versprachen, sie im Falle eines Angriffs von Dritten – und damit meinten sie Heudorf – militärisch zu unterstützen. Dennoch ging er weiterhin unablässig gegen die Stadt vor und nahm beispielsweise im April 1467 ihren Bürgermeister gefangen, was zu erheblichen Spannungen zwischen den Eidgenossen und Österreich führte.
- 5 BAUM, Habsburger, S. 502ff.; ERWERTH, Bilgeri von Heudorf, S. 27f.; HANSJAKOB, Waldshuter Krieg, S. 17f.; STETTLER, Eidgenossenschaft, S. 225–229; angeblich übertraf das Lösegeld mit 1.800 Gulden das Gesamtvermögen des Bürgermeisters. Das weckte den Unmut der Eidgenossen, die militärisch gegen den österreichischen Herzog vorgehen wollten. Der daraufhin als Vermittler eingeschaltete Bischof von Konstanz Hermann von Breitenlandenber legte fest, dass Sigmund von Österreich dem Schaffhauser Bürgermeister das Lösegeld zurückzahlen sollte, was aber unterblieb. Breitenlandenber war der Schwager Bilgeris von Heudorf (vgl. HEINIG, Kaiser Friedrich III., Band 1, S. 377f.; zu seiner Politik im Kontext der Burgunderkriege vgl. KRAMML, Reichsstadt Konstanz). Da der Berner Chronist Schilling Heudorfs Verhalten gegenüber Schaffhausen im ersten Kapitel seiner Chronik beschreibt, rückt er dieses in einen engen Zusammenhang mit den Burgunderkriegen und betont die Bedeutung dieses Konflikts für die Stadt Bern (vgl. TOBLER, Berner Chronik, Kapitel 1, S. 4f.: „Das die von Schaffhausen von herr Bilgrin von Höwdorff mit muotwillen bekriegt wurden“).
- 6 Das Bündnis findet sich im StABe Bundbücher 18, fol. 343 (17. Juni 1466); vgl. dazu GUTZWILLER, Bündnis.
- 7 Tatsächlich wäre eine Eingliederung der Stadt in den eidgenössischen Einflussbereich wahrscheinlich sogar geglückt, besaßen ihre Einwohner doch eine Affinität zu den Eidgenossen. Das geht aus einem Schreiben des österreichischen Gesandten und Hofmeisters Jakob Trapp hervor, das dieser aus der Abtei St. Blasien im Schwarzwald an den Rat der Stadt Freiburg i. Br. verfasste: „Und on zwifel für war, es stat die Sach also, wo nit starck zugezogen wirt, nit mit den vinden zu slahan, sunder Waltzhut und den stetten und waldlütten zu trost, und on zwifel sollen ir sin, wo ich mit den so by mir sind nit hie wer, se wer der gantz wald on allen zwifel Switz, zug man nu trostlich zu, damit wurden die waldlüt dester besser zu behalten. Wann in geheim wisset, das sölich groß suchung an die lüt und stett ist, sich zu den Aidgenossen ze tuon, und wellen sy lassen ein ort der Aidgenossen sin. Tuond es doch üwer selbs, aller eren und trüw willen, und ziehen her, denn es ist not uff dismal allein des fürnemens halb, wann wo das be-

Jedoch musste die Stadt ihre Interessen unter dem Druck der anderen Eidgenossen zurückstellen, so dass kurze Zeit später unter Vermittlung von Räten der Stadt Basel Friedensverhandlungen begannen.⁸

Da die Bestimmungen der kurz darauf zwischen Österreich und den Eidgenossen geschlossenen „Waldshuter Richtung“ zentral für die vorliegende Arbeit sind, sollen sie kurz zusammengefasst werden.⁹ Während die ersten Punkte das Verhältnis zwischen den Eidgenossen und Heudorf betrafen, entstand der dritte Punkt aus dem Wunsch Berns, Mülhausen vor Zugriffen zu schützen. Es offenbarten sich überdies wirtschaftliche Interessen, wenn Sigmund zur Unterbindung von Störungen des Handels der Stadt verpflichtet wurde. Der vierte Punkt war für den gesamten Untersuchungszeitraum der vorliegenden Arbeit von großer Bedeutung. Denn in diesem verlangten die Eidgenossen vom österreichischen Herzog Sigmund die Zahlung einer Kriegsschädigung in Höhe von 10.000 Gulden binnen eines Jahres an sie und behielten sich andernfalls vor, Waldshut sowie den südlichen Schwarzwald einzunehmen.¹⁰ Sie waren sich sicher, dass Herzog Sigmund diese Bestimmungen nicht einhalten konnte und weder ein Interesse an der Lösung ihrer Streitigkeiten mit Heudorf hatte noch die nötigen finanziellen Mittel besaß, um Waldshut und den südlichen Schwarzwald vor ihrem Zugriff zu schützen.

In den folgenden Monaten suchte Herzog Sigmund nach einem Partner, weswegen seine Gesandten zunächst an den Hof des französischen Königs Ludwig XI. reisten. Dieser fand sich jedoch nicht zu einer Unterstützung Sigmunds bereit und verwies auf sein gutes Verhältnis zu den Eidgenossen. Das ließ den Österreicher im Frühjahr 1469 eine folgenreiche Reise zum burgundischen Herzog Karl dem Kühnen unternehmen, der ihm im Gegensatz zu Ludwig XI. beizustehen versprach. Im daraufhin zwischen ihnen am 9. Mai 1469 geschlossenen „Vertrag von Saint-Omer“ verpfändete Herzog Sigmund dem Burgunder den Sundgau, die Grafschaft Pfirt, die vier Waldstädte am Rhein (Waldshut, Rheinfelden, Laufenburg und Säkingen) und den südlichen Schwarzwald für 50.000 Gulden.¹¹ Karl der Kühne überreichte Sigmund zudem 10.000 Gulden für die Kriegsschädigung an die Eidgenossen, sicherte ihm militärische Unterstützung im Fall eines Angriffs derselben zu und versprach, ihm bei der Rückgewinnung von altem ehemals habsburgischen Besitz in der Eidgenossenschaft zu helfen.¹² Und auch von seinem Vetter, Kaiser Friedrich III., erhielt Sigmund insofern Rückendeckung, als dieser kurze Zeit später die

schäch, mögen ir wol verstan was es wurd“ (SCHREIBER, Urkundenbuch Freiburg 2, S. 511; vgl. dazu HANSJAKOB, Waldshuter Krieg, S. 41).

8 An diesen nahm unter anderem neben den Basler Vermittlern Hans Irmi und Heinrich Iselin auch der Berner Nikolaus von Diesbach teil, vgl. HANSJAKOB, Waldshuter Krieg, S. 48–63. Im Verlauf der Gespräche bestanden die Berner auf der Herausgabe von Waldshut, bis sie von den übrigen Eidgenossen umgestimmt wurden.

9 Die Waldshuter Richtung findet sich abgedruckt in SEGESSER, Abschiede (Beilage 43).

10 StABe Bundbücher 18, fol. 403 (24. August 1468).

11 Zum Vertrag von Saint-Omer vgl. STOUFF, Origines. Eine zeitgenössische Beschreibung der verpfändeten Gebiete findet sich bei DERS., Possessions; DERS., Description.

12 Dazu ESCH, Alltag S. 14f.; BITTMANN, Ludwig XI., S. 312f.

„Waldshuter Richtung“ für ungültig erklärte und die Acht über die Eidgenossen verhängte.¹³

Es verwundert daher nicht, dass der Vertrag von Saint-Omer unter den Eidgenossen vor allem Bern vor das große Problem stellte, wie man mit diesem neuen Machthaber am Oberrhein umgehen sollte. Problematisch war, dass die Eidgenossen unter- und miteinander erhebliche Konflikte hatten, und es wäre verfehlt, in ihrem Fall von einer einhelligen Meinung, geschweige denn einer gemeinsamen Außenpolitik zu sprechen.¹⁴ Zudem setzte der Ende 1469 von Karl dem Kühnen in den Pfandlanden als Landvogt eingesetzte Peter von Hagenbach in der Folgezeit alles daran, um die Position Burgunds am Oberrhein zu konsolidieren und den Einfluss der dort gelegenen Städte und ihrer Verbündeten einzudämmen.¹⁵ Das lag auch im Interesse Karls des Kühnen, der alles dafür tat, dass die neuen Gebiete in seinem Besitz verblieben, da sie eine Verbindung der zerstreut liegenden burgundischen Territorien und einen erheblichen Machtzuwachs für ihn bedeuteten.¹⁶ Und genau an diesem Punkt traten die oberrheinischen Reichsstädte Straßburg und Basel als politische Akteure in Erscheinung, die neben Bern ebenfalls im Mittelpunkt der vorliegenden Arbeit stehen. Denn auch sie waren unmittelbar vom Vertrag von Saint-Omer betroffen und sahen ihren politischen Einfluss in den verpfändeten Gebieten schwinden. Hinzu kam, dass das Verhältnis zwischen Sigmund und dem burgundischen Herzog in den ersten Jahren nach der Verpfändung sehr gut war.¹⁷ Aber auch die Herzogtümer Savoyen und Mailand sowie der Pfalzgraf bei Rhein suchten näheren Kontakt zu Burgund. Lediglich der französische König Ludwig XI. beschränkte sich darauf, abzuwarten und das Geschehen aufmerksam zu beobachten.¹⁸ An alldem wird die komplizierte politische Situation in den Jahren vor dem

13 GRÜNEISEN, Herzog Sigmund, S. 154–212; HEINIG, Friedrich III., Maximilian I. und die Eidgenossen.

14 Vgl. ESCH, Alltag; STETTLER, Eidgenossenschaft; JUCKER, Innen- oder Außenpolitik; DERS., Gesandte; DERS., Kommunikation.

15 Dazu vor allem SIEBER-LEHMANN, Spätmittelalterlicher Nationalismus, S. 45–95.

16 ESCH, Alltag, S. 14 ff.

17 SIEBER-LEHMANN, Spätmittelalterlicher Nationalismus, S. 95–118. Selbst das Reichsoberhaupt Friedrich III. betrieb eine burgundfreundliche Politik, da er anfangs die nicht unbegründete Hoffnung hatte, seinen Sohn Maximilian mit der einzigen Tochter Karls des Kühnen, Maria von Burgund, vermählen zu können. Herzog Sigmund hatte sich zunächst als Vermittler in dieser Angelegenheit angeboten. Zur Annäherung Basels an die Eidgenossenschaft im Untersuchungszeitraum vgl. BRADY, Turning Swiss; STEINBRINK, Meltinger. Steinbrink gibt dazu Folgendes an: „Doch spätestens mit der von der schweizerischen und vor allem der baslerischen Regionalgeschichtsschreibung zu einem Schicksalskampf glorifizierten Niederlage der Schweizer Truppen bei St. Jakob an der Birs 1444, nur wenige Kilometer vor den Toren der Stadt gelegen, schwenkte Basel immer häufiger in die Reihen der Eidgenossen ein. Auslöser waren auch hier territoriale Streitigkeiten, im Besonderen mit dem elssässischen Landvogt Peter von Hagenbach. Dieses führte, langsam und nie geradlinig, Basel in die Interessenlage der Eidgenossenschaft“ (ebd., S. 15).

18 Es ist in erster Linie der monumentalen dreibändigen Monographie von Karl Bittmann (BITTMANN, Ludwig XI.) zuzuschreiben, mit dem bis dahin gängigen Urteil aufzuräumen, dass der Grund für den Ausbruch des Kriegs gegen Burgund in dem als „universal spider“ agierenden französischen König Ludwig XI. gelegen habe. Für Bittmann geht dieses Bild auf die profranzö-

Ausbruch der Burgunderkriege deutlich. Zugleich offenbart sich deren europäische Dimension. Festhalten lässt sich, dass vor allem die drei Protagonisten der vorliegenden Arbeit, die Städte Straßburg, Basel und Bern und ihre Führungsgruppen, zwingend daran interessiert waren, die Probleme zu lösen, die aus dem Vertrag von Saint-Omer resultierten.

In den folgenden Jahren setzten sie alles daran, um die neuen burgundischen Machthaber aus den so genannten „Pfandlanden“ zu verdrängen. Sie wussten, dass sie das nur erreichen konnten, wenn sie eng zusammenarbeiteten und eine gemeinsame, gegen Burgund gerichtete Außenpolitik vorbereiteten, koordinierten und durchführten. Während sie bereits früh von einer Zusammenarbeit überzeugt waren, stellte sie die Suche nach Verbündeten vor Herausforderungen: Schließlich mussten sie den österreichischen Herzog und den Kaiser davon überzeugen, dass diese sich von Karl dem Kühnen ab- und ihnen zuwendeten. Aber auch wenn das gelingen sollte, würden weitere Probleme auftauchen. So waren sich die Berner Räte beispielsweise sicher, dass die eidgenössischen Länderorte kaum einem Zusammengehen mit dem österreichischen Herzog, geschweige denn dem französischen König, zustimmen würden. Und auch dieser musste noch überzeugt werden, gegen den burgundischen Herzog vorzugehen. Lediglich Solothurn, das gemeinsam mit Bern seit 1466 ein Bündnis mit Mülhausen unterhielt, war von Beginn an aufseiten der Aarestadt und ihrer Verbündeten und hatte wie sie Expansionsinteressen am Sundgau.¹⁹ Daran lässt sich ermessen, wie groß der Kraftakt war, den die

sische und stark antiburgundische Haltung des Chronisten Philippe de Commynes zurück, der für den größten Teil der Forschung gewissermaßen als „Kronzeuge“ für die Ereignisse diente. Bittmann dekonstruiert diese Sicht und damit Commynes Perspektive eingehend und gibt beispielsweise für den vierten Band Commynes folgendes an: „Unter den sechs Büchern seines [Commynes, d. Verf.] Werkes, die sich mit Ludwig XI. befassen, findet sich keines in der Literatur häufiger zitiert, uneingeschränkter bewundert, bereitwilliger als richtunggebende Autorität anerkannt, freudiger ausgeschrieben [...] keines übt als Ganzes eine faszinierendere Wirkung aus als dieses vierte Buch der Memoiren Commynes“ (ebd., S. 7). Für Bittmann geht es „nicht mehr darum, an ihnen den hohen politischen Sinn Ludwigs XI. aufzuzeigen. Es gilt, den Sinn seiner Politik zu erfassen, ihre Leitidee zu überprüfen, an sie das Maß der Kritik anzulegen, ob die Erklärung Commynes‘ mit den originalen Quellen zusammenstimmen will oder nicht“ (ebd., S. 24). Am Ende des Bandes kommt er zusammenfassend zu dem Urteil, dass „Ludwig XI. diese Mächten nun ohne Verzug gegen Burgund zu werfen beabsichtige, und zwar ohne daß sie es selbst bedacht oder gewollt hätten, daß er das Friedenswerk betrieben hätte, um es zu einer Kriegsmaschine auszugestalten, die in Zukunft für ihn, aber ohne ihn arbeiten werde, daß er in genialer Erfassung der Möglichkeiten, die sich ihm hier boten, vorausberechnet und kombiniert hätte, welche Folgen diese Versöhnung der Erbfeinde [gemeint sind Österreich und die Eidgenossen, d. Verf.] zeitigen müsse, nämlich die Verwicklung des Burgunders in einen Krieg, den die Neuversöhnten an seiner statt durchfechten würden und in dem der Gegner seinen Untergang finden müsse – ein solches Kalkül als die Triebfeder der Handlung [...] sich nach Überprüfung der originalen Quellen nicht aufrechterhalten“ lasse (ebd., S. 608). Dem Beispiel Bittmanns folgten zahlreiche weitere Studien, von denen stellvertretend für viele genannt werden sollen: GASSER, *Ewige Richtung*; VAUGHAN, *Charles the Bold*; SIEBER-LEHMANN, *Spätmittelalterlicher Nationalismus*; zuletzt STETTLER, *Eidgenossenschaft im 15. Jahrhundert*.

19 Es ist hier nicht beabsichtigt, die (außen-)politische Rolle von Solothurn in dem gegen Burgund gerichteten Prozess zu untersuchen. Ein solches Unterfangen wäre insofern fruchtbar, als vor

Räte der untersuchten drei Städte leisten mussten, bis sie dem burgundischen Herzog und seinen Verbündeten Ende Oktober 1474 den Krieg mit dem bekannten Ausgang erklären konnten.²⁰

2. METHODEN, LEITFRAGEN UND AUFBAU DER ARBEIT

Wenngleich die herausgehobene Stellung der Städte Straßburg, Basel und Bern und ihre politischen Motivationen in dem gegen Burgund gerichteten Prozess mittlerweile gesicherter Stand der Forschung sind, wurden die Gründe für diese Stellung und ihre „inneren“ Beweggründe noch nicht eingehend untersucht. Gleiches gilt für die Techniken, die ihre Stellung konsolidierten.²¹

Im Folgenden gehe ich davon aus, dass die besondere Position der Städte wesentlich auf dem hohen Informations- und Wissensstand ihrer Amts- und Funktionsträger basierte. Denn meiner Meinung nach vermögen Informationen, ihre Träger und ihre Verwaltung, ihre Übermittlung und Beschaffung zu einem neuen und vor allem vertieften Verständnis von (in diesem Fall spätmittelalterlicher Außen-) Politik und ihrem Funktionieren beitragen.²² Gleiches gilt für ihre jeweiligen aktuellen wie späteren Verwendungs- und Gebrauchszusammenhänge, aber auch für die Zurückhaltung von Informationen. Damit sind die Leitbegriffe der vorliegenden Arbeit genannt: Informationen, Wissen und Macht; sie trugen maßgeblich dazu bei,

allem der Solothurner Stadtschreiber Hans vom Stall wichtige Funktionen im Vorfeld der Burgunderkriege wahrnahm. Dass Solothurn nach den Burgunderkriegen 1481, wie überdies Freiburg i. Ue., vollberechtigtes Mitglied der Eidgenossenschaft wurde, hatte sicherlich auch mit der gemeinsamen Politik während der Burgunderkriege zu tun (ich danke Christian Hesse/Bern für diesen Hinweis). Zur Politik von Solothurn im Kontext der Burgunderkriege vgl. die noch immer aktuellen Ausführungen von AMIET, Territorialpolitik; AMIET, Burgunderfahnen.

- 20 Aus der Fülle der Darstellungen zum Verlauf und zum Ausgang der Burgunderkriege sei hier verwiesen auf OSHEMA/SCHWINGES, Karl der Kühne. Darin: MARCHAL, Staat; ESCH, Karl der Kühne; BOONE, Monde urbain; PRIETZEL, Schlachten; VAUGHAN, Charles the Bold; SIEBER-LEHMANN, Spätmittelalterlicher Nationalismus; BITTMANN, Ludwig XI.; STETTLER, Eidgenossenschaft, S. 233–257; SCHNERB, État Bourguignon; SCHEIDEGGER, Guerres; CAUCHIES, Louis XI.; PFAFF, Europa zur Zeit der Burgunderkriege; GASSER, Ewige Richtung (wo nicht anders vermerkt, wird diesen Darstellungen zu den Burgunderkriegen in der vorliegenden Arbeit gefolgt).
- 21 Wenn im Folgenden von der eidgenössisch-oberrheinischen Koalition zu lesen ist, sind bis zum Zeitpunkt der Bündnisabschlüsse im März/April 1474 diese drei Städte und ihre Verbündeten gemeint. Zu diesem Vorgehen vgl. SIEBER-LEHMANN, Basel, S. 113 ff., dem ich herzlich danke, dass er mir seine noch ungedruckte Habilitationsschrift zur Verfügung gestellt hat.
- 22 Dafür plädiert auch Peter Burke: BURKE, Reflections; vgl. auch den interessanten Sammelband BULST, Politik und Kommunikation. Darin besonders: DERS., Einleitung; DERS., Politische Dimensionen; TEUSCHER, Kommunikationsraum; vgl. dazu auch den 2004 herausgegebenen Sammelband von BOURDREAU u. a., Information et société. Darin insbesondere die Einleitung von GAUVARD, Introduction, sowie die darin versammelten Beiträge: HAYEZ, Avviso; NOVÁK, Source; CONTAMINE, Conclusion; vgl. auch PONS, Information.

dass die drei untersuchten Städte und ihre Verbündeten eine gemeinsame und gegen Burgund und seine Verbündeten gerichtete Außenpolitik etablieren konnten.²³

Die Frage nach der Existenz von mittelalterlicher Außenpolitik wurde in zahlreichen Veröffentlichungen problematisiert.²⁴ Vor allem vonseiten der Verfassungsgeschichte wurde vielfach die Frage aufgeworfen, ob beziehungsweise inwieweit man im Mittelalter überhaupt von einer „Außenpolitik“ sprechen könne, schließlich habe es in dieser Zeit keine selbständigen Staaten gegeben, wie wir sie heute kennen.²⁵ Mittlerweile ist die Forschung aber darin einig, dass Außenpolitik nicht erst mit Beginn „moderner“ Staatlichkeit eingesetzt, sondern dass es sie bereits seit dem 12. Jahrhundert gegeben hat.²⁶ Denn wenn die Existenz von Außenpolitik negiert wird, muss auch die Existenz von Innenpolitik hinterfragt werden. Deswegen wird Außenpolitik in dieser Arbeit in Abgrenzung *zu* und in enger Verbindung *mit* Innenpolitik gesehen und analysiert.²⁷ Einen weiterführenden Ansatz für außenpolitische Fragestellungen bietet zudem die hier gewählte Perspektive, die mit den Gesandten und Stadtschreibern, den Boten und Spionen die tatsächlich handelnden Akteure in den Mittelpunkt rückt. Während eine solche Vorgehensweise für das Mittelalter bisher nur in Ansätzen angewendet wurde, haben akteurszentrierte Untersuchungen in der Frühneuzeitforschung in den letzten Jahren zugenommen.²⁸ Dort hat sich

23 In Anlehnung an Dieter Berg wird „jede politische Aktion“ eines Herrschaftsträgers, „die über die Grenzen des eigenen Machtbereichs hinausweist und höchst unterschiedliche Ziele [...] unter Verwendung eines geeigneten Instrumentariums politischer Kommunikation verfolgte, als Akt außenpolitischen Handelns“ verstanden, BERG, Deutschland, S. 1; vgl. auch EHM, Burgund, S. 16 f.; KINTZINGER, Westbindungen, S. 20–29.

24 Vgl. als Auswahl (mit der wichtigsten Literatur) zuletzt OTTNER, Einleitung; WEFERS, Versuch; DIES., Theorie; MORAW, Rahmenbedingungen; JÖRG/JUCKER, Städtische Gesandte, S. 11–14 u. 22–30.

25 Auch eine Umschreibung des Gegenstands in „außenpolitisches Handeln“ erschien nicht minder problematisch und verlagert die Schwierigkeiten: Auch hier bleibt das spezifisch „außenpolitische“ an Handlungen und am Handeln erklärungsbedürftig. Diesen Fragen widmeten sich zahlreiche Studien. Als Auswahl vgl. BERG, Deutschland; DERS., Einleitung; auch KINTZINGER, Westbindungen, S. 20 f.; vgl. auch HEINIG, Konjunkturen, insbes. S. 21–24 u. S. 54 f.; vgl. auch MÄRTL/ZEY, Einleitung; WEFERS, Handlungsträger, insbes. 60 f.

26 So wurde jüngst gefordert, eine sich an der Herausbildung von Nationen und Staaten orientierende Diplomatiegeschichte aufzugeben: „The history of diplomacy is finally inseparable from parallel histories of education and literacy, technological innovation, economics literature and rhetoric, gender, sexuality, and marriage“ (WATKINS, New Diplomatic History, S. 6); vgl. auch AUTRAND/CONTAMINE, Livresdeshommes; AUTRAND, Naissance de la France; MORAW, Bündnispolitik; für Außenpolitik im 12. Jahrhundert vgl. den 2008 von Hanna Vollrath herausgegebenen Sammelband, der den programmatischen Titel trägt „Der Weg in eine weitere Welt. Kommunikation und Außenpolitik im 12. Jahrhundert“, VOLLRATH, Kommunikation; für die neue Forschung zur Außenpolitik stehen die Arbeiten zur diplomatischen Praxis der Stadt Barcelona von Stéphane Péquignot, von denen hier stellvertretend PÉQUIGNOT, Gracieuses Paroles, genannt sei.

27 Vgl. dazu JUCKER, Innen- oder Außenpolitik, S. 257 f.; WEFERS, Versuch; DIES., Theorie; MORAW, Rahmenbedingungen.

28 Unter Akteuren werden in der vorliegenden Arbeit sowohl die tatsächlich politisch agierenden Individuen, sprich die Gesandten, als auch die sie entsendenden Rechtskörperschaften, sprich die Städte, verstanden. Zur städtischen Außenpolitik vgl. den jüngst erschienenen Band von

mittlerweile durchgesetzt, dass es zahlreiche neue Einsichten in das Funktionieren von Außenpolitik zulässt.²⁹ Bei alledem ist es jedoch unerlässlich, sich die Frage zu stellen, ob die genannten Akteure klar zwischen einem *Innen* und einem *Außen* unterschieden und die für eine solche Unterscheidung wichtigen *Grenzen* wahrgenommen haben. Eine aus Basel überlieferte Lohnliste für die städtischen Boten legt ein gesteigertes Bewusstsein der dortigen Führungsgruppe im Untersuchungszeitraum nahe. In dieser wird nämlich eindeutig getrennt zwischen dem Lohn, den die städtischen Boten für ihre Dienste „innerlandes“ und dem, den sie erhielten, wenn sie Briefe und Nachrichten „überlandes“ übermittelten.³⁰

Auch ein „Grenzbewusstsein“ lässt sich in den herangezogenen Quellen nachweisen. Es offenbart sich beispielsweise an den Problemen des Markgrafen Rudolf von Baden-Hachberg im Kontext der Burgunderkriege. Denn dieser einflussreiche Herrschaftsträger musste sich unmittelbar vor Beginn und noch während der Burgunderkriege mehrfach vor den Führungsgremien und den Kriegsräten der eidgenössisch-oberrheinischen Koalition erklären, ob er auf ihrer Seite oder auf der des burgundischen Herzogs und seiner Verbündeten stehe.³¹ Die Gründe dafür lagen zum einen in der Tatsache, dass der Markgraf seit den 1450er Jahren ein Burgrecht mit der Stadt Bern unterhielt und auf diese Weise ihr Bürger war – und zwar mit allen Rechten und Pflichten, die damit einhergingen.³² Zum anderen aber hatte dieser Herrschaftsträger, der zwischen deutschsprachigem Reichsgebiet und dem Einflussbereich des französischen Königs lebte, Lehen vom burgundischen Herzog inne und war ihm eng verbunden, etwa als Gouverneur von Luxemburg und Vorgänger Peter von Hagenbachs als Verwalter der Pfandlande. Erschwerend für ihn kam hinzu, dass sein Sohn und Nachfolger Philipp im Heer des burgundischen Herzogs kämpfte. Vor diesem Hintergrund verwundert es nicht, dass sich dieser in der Folgezeit intensiv darum bemühte, Philipp von Baden-Hachberg in seinen Diensten zu behalten.

Die Probleme des Markgrafen verdeutlichen, dass für die betrachteten Herrschaftsträger Fragen nach Grenzen vor allem im Kontext von Konflikten relevant wurden.³³ Schließlich mussten sie auf die Bedrohung von Burgund und seiner Ver-

JÖRG/JUCKER, Spezialisierung. Darin besonders als exzellenter Forschungsüberblick JÖRG/JUCKER, Städtische Gesandte; JÖRG, Gesandte; SELZER, Nachholende Professionalisierung sowie KINTZINGER, Diplomatie.

29 Dazu vgl. den von Hillard von Thiessen und Christian Windler jüngst herausgegebenen Sammelband von THIESEN/WINDLER, Akteure. Darin besonders: DIES., Außenbeziehungen; ZUNKEL, Geschäftsleute; WÜGLER, Akteure; von THIESEN, Diplomatie; vgl. auch DERS., Diplomatie und Patronage; für die Hanse vgl. die Ausführungen von POECK, Herren.

30 StABas Wochenausgabebuch 5, fol. 664. Die Lohnaufstellung trägt die Überschrift „Dis sint der statt halb loiffenden botten lone“, vgl. GROEBNER, Gefährliche Geschenke, S. 86.

31 Zur Person des Markgrafen vgl. BAUER, *Négociations et campagnes*; EHM, Burgund, S. 221 ff.; vgl. zum Beispiel des Markgrafen SIEBER-LEHMANN, Spätmittelalterlicher Nationalismus, S. 320 f.; das Beispiel Baden-Hachbergs im Hinblick auf Grenzen untersucht ist bei BOCK, JOSTKLEIGREWE u. WALTER, Politische Grenzen, S. 9 ff.

32 Das Burgrecht findet sich bei JEANJAQUET, *Traité d'Alliance*, S. 107–115.

33 Das Thema „Grenzen“ ist derzeit allgegenwärtig in der historischen Forschung. So widmeten sich sowohl die 2010 abgehaltenen Schweizerischen Geschichtstage als auch der Deutsche

bündeten reagieren und zudem ihren späteren Bündnispartnern verdeutlichen, dass diese Bedrohung existenziell für alle Beteiligten war. Nur wenn ihnen eine derartige Sensibilisierung gelang, wurden auch für ihre (späteren) Bündnispartner außenpolitische Maßnahmen zur Verteidigung des auf diese Weise entstandenen gemeinsamen Interesses zwingend und unerlässlich.³⁴ Ziel ihrer Bemühungen war daher die Schaffung und Etablierung einer gemeinsamen und gegen den burgundischen Herzog und seine Verbündeten gerichteten Außenpolitik, die durch das Anfang April 1474 geschlossene Bündnis einen ersten Ausdruck fand und durch eben dieses und die ihm innewohnende Ausrichtung in der Folge koordiniert und bestimmt wurde.³⁵

Dem gewählten Ansatz folgend wird davon ausgegangen, dass sich ein Bündnis wie das untersuchte und gegen Burgund gerichtete nicht etwa allgemein über wie auch immer geartete Staaten, sondern um konkrete außenpolitische Akteure gestaltet. Sein Aufbau, Abschluss und seine spätere Pflege bedürfen zahlreicher Maßnahmen und Techniken zu seiner Sicherung. Wesentliche Aspekte stellen dabei die wechselseitige Kommunikation und gegenseitige Informationsübermittlung der sich noch nicht beziehungsweise bereits als Bündnispartner definierenden Akteure und Gruppen untereinander dar.³⁶ Die Informationsübermittlung wird dabei als Austauschprozess verstanden, in dem die Interaktionspartner danach trachten, Nutzen und Vorteile aus der Übermittlung zu ziehen.³⁷

Historikertag diesem Thema. Auch die 2009 von der „Arbeitsgemeinschaft Frühe Neuzeit“ durchgeführte Tagung befasste sich mit „Grenzen und Grenzüberschreitungen“ auseinander. Hinzu gesellen sich eine Reihe von Einzeltagungen, von denen besonders das von Nils Bock, Georg Jostkleigrewe und dem Verfasser durchgeführte Atelier am Deutschen Historischen Institut „Faktum und Konstrukt: Politische Grenzen im europäischen Mittelalter. Verdichtung-Symbolisierung-Reflexion“ zu erwähnen ist; vgl. dazu zuletzt: BOCK, JOSTKLEIGREWE WALTER, Faktum und Konstrukt (mit weiterführenden Literaturhinweisen); zum gewählten Beispiel des Markgrafen von Baden-Hachberg und anderen im Grenzgebiet lebenden Adligen insbesondere DIES., Politische Grenzen, S. 9 ff.

34 Vgl. dazu im Hinblick auf die Reichspolitik WEFERS, Handlungsträger, S. 63.

35 Dabei muss betont werden, dass die Bündnispartner die ihnen jeweils eigenen innen- und außenpolitischen Agenden auch nach dem Bündnisabschluss keineswegs aufgaben, sondern dass diese lediglich eine Veränderung in der Priorität erfuhren und mitunter zurückgestellt wurden.

36 Aufgrund der Vielzahl der in der Forschung anzutreffenden Definitionen von „Kommunikation“ (vgl. JUCKER, Kommunikation im Spätmittelalter, S. 7–11; JÖRG, Teure, S. 272–276; HÜBNER, Botenwesen, S. 20) wird in der vorliegenden Arbeit bewusst auf eine erneute Definition verzichtet, und Kommunikation in Anlehnung an die einschlägigen Arbeiten von Stollberg-Rillinger umfassend verstanden, vgl. STOLLBERG-RILINGER, Zeremoniell; DIES., Symbolische Kommunikation (vor allem S. 492–496); ALTHOFF, Formen. Für den Forschungsstand zu Kommunikation, ihren Bedeutungen, Medien, Funktionen und Spielarten im und für das Mittelalter vgl. HOFFMANN/KIESSLING, Kommunikation und Region; HOFFMANN, Öffentlichkeit und Kommunikation; HRÚZA, Propaganda; JUCKER u. a., Kommunikation im Spätmittelalter; DERS., Gesandte; HEIMANN u. a., Kommunikationspraxis; POHL, Einführung; VON SEGGERN, Herrschermedien; BURKHARDT/WERKSTETTER, Kommunikation; OBERSTE, Kommunikation; HUNDSBICHLER, Kommunikation; MOSTERT, New approaches; ROSSI, Circulation; SPIESS, Medien; vgl. auch SCHMITT, Städtische Gesellschaft.

37 Zum Konzept des sozialen Austauschs vgl. BLAU, Sozialer Austausch (vor allem S. 126); STOLLBERG-RILINGER, Symbolische Kommunikation, die dazu angibt: „Wesentlich ist [...] mit-

In Anlehnung an Peter Burke wird unter Informationen das Rohmaterial verstanden, während Wissen das Be- und Verarbeitete bezeichnet.³⁸ Das verdeutlicht die enge Verbindung der beiden Begriffe und offenbart gleichzeitig den dynamischen und prozessualen Charakter von Wissen. Demnach besteht eine Notwendigkeit zum Be- und Verarbeiten von Informationen, damit sie *idealiter* in Wissen transformiert werden können.³⁹ Pragmatisch gesehen bedeutet das, dass Informationen erstens zu einem Zugewinn an Wissen führen, dadurch zweitens Ungewissheit und Unsicherheit verringern und drittens durch Verarbeitung die Zustände ihrer Empfänger und deren Umfeldern verändern vermögen. Setzt man diese Funktionen und Eigenschaften von Informationen voraus und bedenkt man, dass mehr Wissen in der Regel maßgeblich dazu beiträgt, dass Machtstrukturen hergestellt und etabliert sowie bereits erreichte Positionen konsolidiert werden können, erweisen sich Informationen als wichtige Bausteine derselben und besitzen so eine gesteigerte Bedeutung.⁴⁰

Damit bin ich auch beim dritten Leitbegriff dieser Arbeit angelangt, der Macht. Diese wird als soziales Phänomen aufgefasst und meint, sich mit anderen zusammenzutun und mit diesen einvernehmlich zu handeln. Dadurch befindet sich Macht im Besitz einer Gruppe, bleibt jedoch nur solange diese zusammenhält und -arbeitet existent und wirkmächtig.⁴¹ Unter einer solchen Gruppe wird sowohl die gesamte gegen Burgund gerichtete eidgenössisch-oberrheinische Koalition als auch die ein-

- hin die grundsätzliche Reziprozität jeder Kommunikation, deren Gelingen sich daran ablesen lässt, dass sie zu Anschlusskommunikation führt. Kommunikation ist stets ein wechselseitiges Geschehen zwischen zwei oder mehr Akteuren, die sich aufeinander und zugleich übereinander auf sich selbst beziehen. Man antizipiert bereits das Verstehen des Gegenübers, indem man ihm etwas mitteilt“ (ebd., S. 493 f.); Voraussetzung ist dabei, dass die gegebenen Informationen als Mitteilungen verstanden werden in Anlehnung an LUHMANN, Kommunikation; DERS., Soziale Systeme, S. 191 ff. Zur Anwendbarkeit von LUHMANN vgl. STOLLBERG-RILINGER, Symbolische Kommunikation, S. 493. Diese betont zudem, dass dieser Kommunikationsbegriff „auch dann handhabbar und nützlich [ist], wenn man nicht das systemtheoretische Instrumentarium teilt“ (ebd., Anm. 14). Vgl. auch JUCKER, Trust; DERS., Vertrauen; REINHARD, Freunde und Kreaturen.
- 38 Das geschieht in Anlehnung an Peter Burke, der „zwischen Wissen und Information [unterscheidet], zwischen ‚wissen, wie‘ und ‚wissen, dass‘“ und dazu folgende Metapher gibt: „Der Einfachheit halber verwenden wir in diesem Buch den Begriff Information für das, was roh, spezifisch und praktisch ist, während Wissen das Gekochte bezeichnet, das gedanklich Verarbeitete und Systematisierte“ (BURKE, Papier und Marktgeschrei, S. 20.)
- 39 Verwiesen sei in diesem Zusammenhang auf den Sammelband von BRENDENCKE u. a., Information. Die Herausgeber haben eine Bibliographie zu den Themen Wissen und Informationen zusammengestellt, die Gang und Stand der Forschung zusammenfasst (S. 34–44). Besonders empfehlenswert darin auch DIES., Information als Kategorie, S. 11–34.
- 40 Für das Mittelalter zentral KINTZINGER, Wissen, insbes. S. 21–24; vgl. auch FRIED Aktualität, insbes. S. 40–46; BRENDENCKE, Imperium und Empirie; zur Kritik an der Wissensgesellschaft vgl. FÜSSEL, Wissensgesellschaft; BULST, Einleitung.
- 41 ARENDT, Macht und Gewalt, S. 36–59, insbes. S. 45; für einen ähnlich prozeduralen Ansatz von sozialer Macht im Hinblick auf Koalitionsbildung und -erhalt sprechen sich auch SOFSKY/PARIS, Figurationen, S. 9 ff. und S. 187–287 aus: „Niemand hat Macht für sich allein. Macht entsteht, wenn Menschen aufeinander treffen und zusammen handeln, und sie verschwindet, sobald sie sich wieder zerstreuen. [...] Denn Macht ist stets soziale Macht [und] gibt es nur, wo

zelen Städte und ihre Führungsgruppen verstanden.⁴² Doch handelt es sich bei Macht um keinen abgeschlossenen Prozess, da sie stets zwischen den Kommunikationspartnern beziehungsweise in diesem Fall der Verbündeten ausgehandelt werden muss.⁴³

Eine wichtige Hilfestellung bot den betrachteten Akteuren, Gruppenmitgliedern und Bündnispartnern der Austausch von Informationen: Denn da im Idealfall jede Information nach einer Gegeninformation verlangte,⁴⁴ stellte das eine doppelte Beziehung zwischen den Kommunikations- und Interaktionspartnern her: Im Idealfall entstand zwischen ihnen auf diese Weise eine Beziehung der Solidarität, da der Gebende das, was er hat, mit dem Nehmenden teilte. Andererseits konnte sich aber auch eine Beziehung der Ungleichheit zwischen ihnen entwickeln, da derjenige, der die Gabe annimmt und diese damit akzeptiert, sich gegenüber dem Gebenden in eine Art Bringschuld begibt, wodurch er ihm verpflichtet ist. Auf diese Weise können beide Eigenschaften des Austauschs Machtstrukturen schaffen und etablieren.⁴⁵

Vor diesem Hintergrund erscheint Vertrauen in die Kommunikations- und späteren Bündnispartner als Basis eines idealen Austauschs. Doch muss Vertrauen stets an einen Anlass, in diesem Fall die bereits erwähnten Probleme mit den (neuen) burgundischen Machthabern, gebunden werden: Derjenige, der vertraut, musste demjenigen, dem vertraut wird, verdeutlichen, dass er dringend auf ihn angewiesen war.⁴⁶ Nur so war man mithilfe von Vertrauen in der Lage, sowohl Komplexität in der Beziehung unter- sowie Unsicherheit im Umgang miteinander zu reduzieren als auch Erwartungen an den Partner zu kanalisieren.⁴⁷ Nur wo Vertrauen vorherrscht, kann die Übermittlung von Informationen wesentliche Bedingung für die Produktion und Reproduktion sozialer Beziehungen sein, die auf Reziprozität basieren und

Menschen sich zueinander verhalten, wo sie gemeinsam arbeiten, miteinander sprechen oder einander bekämpfen“, ebd., S. 9.

42 Im Sinne von SOFSKY/PARIS, *Figurationen*: „Im Streit gegen andere [sucht man] nach Partnern, die einem behilflich sind, nach Verbündeten, mit denen man sich zusammenschließen kann. Koalitionen versprechen einen Ausgleich, wenn nicht gar eine Umkehrung der Machtverteilung. Indem die Alliierten ihr Handeln abstimmen und ihre Mittel kombinieren, verschieben sie ihre Gewichte auf dem Spielfeld. Koalitionen sind ein überaus preiswertes Verfahren, um mit einer konstanten Anzahl von Trümpfen ein Optimum an Macht zu gewinnen“ (ebd., S. 187).

43 Vgl. dazu LANDWEHR, *Diskurs*, insb. S. 110–115. Landwehr gibt in diesem Zusammenhang Folgendes an: „Macht ist sowohl auf der Struktur- wie auf der Handlungsebene also nicht von vornherein fixiert – Macht fließt“ (ebd., S. 111).

44 Vgl. dazu JUCKER, *Gesandte*, S. 210 ff. u. S. 220, der dazu Folgendes angibt: „Information verlangte Gegeninformation und ohne Gegenleistung wurde nichts weitergegeben“ (ebd., S. 210).

45 Das ist beispielsweise dann der Fall, wenn es einem Empfänger nicht möglich ist, eine adäquate Gegenleistung zu erbringen. Dazu ist bereits sehr viel von der Patronage- und Soziabilitätsforschung geleistet worden (vgl. stellvertretend EISENSTADT/RONINGER, *Patrons*; TEUSCHER, *Bekanntes*). Hinzu kommt, dass sowohl die anfallenden Verpflichtungen selbst als auch der Zeitraum, in dem diese geleistet werden sollen, beim sozialen Austausch im Vorhinein nicht genau zu benennen sind, was ihn überdies von wirtschaftlichen Transaktionen unterscheidet (BLAU, *Sozialer Austausch*, S. 129).

46 LUHMANN fasst das unter dem Begriff der „riskanten Vorleistung“ zusammen (LUHMANN, *Vertrauen*, S. 53 f).

47 Ich folge hier dem Vertrauenskonzept von Luhmann; vgl. dazu auch POECK, *Herren*, S. 509 ff.

Kohäsion *zwischen* und Vertrauen *unter* den Interaktionspartnern schaffen. Im besonderen Maße muss man sich gegenseitig innerhalb von Bündnissen wie auch dem in dieser Arbeit betrachteten vertrauen; nicht umsonst basieren diese in erster Linie auf der Herstellung und Aufrechterhaltung von Beziehungen zwischen den Akteuren, aus denen es sich zusammensetzt.⁴⁸ Dem unbedingten Wunsch nach Vertrauen entsprechen auch die Briefe, die zwischen den Führungsgruppen der drei betrachteten Städte ausgetauscht und für diese Arbeit untersucht wurden. In ihnen deuten zahlreiche Formulierungen darauf hin, dass es einen regelrechten Vertrauensdiskurs gegeben haben muss.⁴⁹ Mithilfe von Vertrauensbekundungen versuchten die Kommunikations- und Bündnispartner, Bedenken zu zerstreuen und Unsicherheiten zu verringern, um auf diese Weise im Idealfall ihre Beziehung untereinander zu festigen. An alldem wird deutlich, dass Information, Wissen und Macht untrennbar miteinander zusammenhängen und aufeinander bezogen sind. Hinsichtlich innen- und außenpolitischer Fragestellungen, wie der für diese Arbeit gewählten, stellen sie zentrale Kategorien dar.⁵⁰

Vergegenwärtigt man sich, dass zwischen dem Überfall auf die eidgenössischen Kaufleute am 3. April 1473 und einer Versammlung von Vertretern der drei Städte am 21. April 1473 in Basel rund zweihundert Briefe von ihnen und an sie erhalten sind, die nur dieses Ereignis betreffen, bekommt man einen Eindruck davon, wie intensiv der Austausch von Informationen und Wissen in Krisenzeiten werden konnte. Allein die drei Städte schrieben sich in diesen zweieinhalb Wochen insgesamt 36 Briefe untereinander, was für den vorliegenden Zeitraum die mit Abstand größte Menge ist. Mit Hilfe der Briefe bereitete man zahlreiche Versammlungen vor, auf denen die Gesandten der betroffenen Städte weitere Informationen austauschten und ein gemeinsames außenpolitisches Vorgehen diskutierten. Wichtige Aufgaben hinsichtlich des Informationsaustauschs kamen in diesem Zusammenhang den städtischen Gesandten zu, die im ersten Kapitel im Vordergrund stehen (Kapitel B).⁵¹ Sie waren es, die auf unzähligen Treffen zwischen dem Abschluss des Vertrags von Saint-Omer im Mai 1469 und dem eidgenössisch-oberrheinischen Bündnis im April 1474 die Interessen von den drei Städten zusammenführten, so zur Kohäsion zwischen ihnen und zum Aufbau von Vertrauen beitrugen und auf

48 Vgl. zu ähnlichen Aspekten im Hinblick auf das „state-building from below“-Konzept: BLOCKMANS u. a., *Empowering Interactions* (darin vor allem HOLENSTEIN, Introduction).

49 Das hat bereits Michael Jucker für das eidgenössische Korrespondenzwesen nachgewiesen: JUCKER, *Vertrauen*, DERS., *Gesandte*, S. 195–225; DERS., *Trust*, S. 213–236. Zum Vertrauen im Mittelalter allgemein, vgl. WELTECKE, *Vertrauen*; FREVERT, *Vertrauen*; zur Reziprozität den instruktiven Sammelband von ADLOFF/MAU, *Geben und Nehmen*.

50 WEFERS, *Handlungsträger*, S. 63 f.

51 Dem Gesandtschaftswesen sind zahlreiche Studien gewidmet worden. Für das Gesandtschaftswesen der eidgenössischen Städte zentral sind die Untersuchungen von JUCKER, *Körper*; DERS., *Gesandte*, S. 73–131; DERS., *Gesten*; DERS., *Innen- oder Außenpolitik*. Als Auswahl für den Forschungsstand vgl. DÜNNEBEIL/OTTNER, *Außenpolitisches Handeln*; MÄRTL/ZEY, *Frühzeit*; KINTZINGER, *Westbindungen*; SCHWINGES u. a., *Gesandtschafts- und Botenwesen*; QUELLER, *Office*; ANDERSON, *Modern Diplomacy*; LUTTER, *Politische Kommunikation*; MONNET, *Außenbeziehungen*; DERS., *Diplomatie*; REITEMEIER, *Außenpolitik*; SCHMITT, *Städtische Gesellschaft*.

diese Weise maßgeblich daran beteiligt waren, dass der Krieg gegen den burgundischen Herzog im Oktober 1474 ausbrach. Den Diplomaten wird sich in der vorliegenden Arbeit auf zwei Ebenen genähert: Zunächst werden die institutionellen Voraussetzungen in Bern, Straßburg und Basel betrachtet; hier werden Genese und Aufbau der Führungsgremien und in ihnen gegebene außen- oder innenpolitische Spezialisierungen im Vordergrund stehen. Bereits diese Spezialisierungen können sowohl auf ein gesteigertes Bewusstsein bei den Zeitgenossen für ein „Innen“ als auch und gerade für ein „Außen“ hindeuten. Daher sollen daraufhin die personellen Zusammensetzungen der Führungsgremien und damit die eigentlichen diplomatischen Akteure beleuchtet werden. Es ist zu beobachten, dass sich auf den zahlreichen Versammlungen nahezu immer die gleichen Personen aus den behandelten Städten trafen. Deswegen wird in diesem Kapitel sowohl nach möglichen Gründen für diese Stetigkeit als auch nach etwaigen Beweggründen für die von ihnen und ihren Heimatstädten verfolgte Außenpolitik gefragt. Das wird mithilfe von Biographien der wichtigsten städtischen Gesandten und einer exemplarischen Vorstellung ihrer diplomatischen Aktivitäten vor, während und nach dem Bündnisabschluss zwischen den eidgenössischen und den oberrheinischen Städten sowie mit dem französischen König und dem österreichischen Herzog geschehen. Bei alledem wird davon ausgegangen, dass man die außenpolitischen Motive einer Stadt nur verstehen kann, wenn man die Personen kennt, die sie prägen. Da diese Frage in der bisherigen mediävistischen Forschung nur ansatzweise untersucht wurde, dient dieser Teil als Grundlage für die folgenden Kapitel, zumal die in ihm vorgestellten Gesandten im Verlauf der Arbeit immer wieder auftreten.⁵² Aufgrund der Tatsache, dass die städtischen Diplomaten auf den Versammlungen der (späteren) Bündnispartner zahlreiche Informationen austauschten, bestand nach ihrer Rückkehr und ihrer Abreise zu weiteren Verhandlungen eine unbedingte und mitunter dringende Notwendigkeit, die Informationen zu ordnen, zu systematisieren und zu verarbeiten, damit diese zu Wissen und Macht umgewandelt werden konnten.

Wesentliche Hilfestellungen zu dieser Informationsverwaltung boten die städtischen Kanzleien (Kapitel C). Sie werden daraufhin betrachtet und als wichtige Knotenpunkte zwischen der städtischen Innen- und Außenpolitik verstanden.⁵³ Aber auch wenn keine Versammlungen stattfanden, ebte der Informationsfluss keineswegs ab. Das belegen die zahlreichen Briefe zur Gefangennahme auf dem Rhein eindrücklich. Wenn die Berner in diesem Zusammenhang in nur einer Nacht mehr als sieben Briefe schreiben mussten, um die Bewohner ihres Territoriums in Waffen zu setzen und diese mit der gleichen Anzahl an Schreiben wenig später wieder zurücknehmen mussten, weil neue Informationen aus Straßburg eingegangen waren, kann man sich den massiven Arbeitsaufwand der städtischen Kanzleien und ihrer Mitarbeiter vorstellen.⁵⁴ Wie im Kapitel zu den Gesandten wird auch hier

52 In Ansätzen bei JUCKER, Innen- oder Außenpolitik, S. 253–257; JÖRG, Gesandte.

53 Zur Rolle der Kanzleien vgl. die Ausführungen von JUCKER, Gesandte, S. 110–131.

54 Die Mobilisierung findet sich im StABe SR 2, fol. 26 (geschrieben in der Nacht vom 14. auf den 15. April 1474); die Rücknahme der Mobilisierung im StABe RM 12, fol. 116 (Sitzung des Kleinen Rats von Bern am 21. April 1473). Dieses und zahlreiche weitere Beispiele bei ESCH, Alltag.

zunächst nach institutionellen Voraussetzungen gefragt, um dann mit den im Untersuchungszeitraum amtierenden Stadtschreibern aus Bern und Basel die Akteure der Informationsverwaltung, ihre familiären Hintergründe und Bildungshintergründe sowie ihre etwaigen Verbindungen zu den jeweiligen Führungsgruppen und außenpolitische Bedeutung vorzustellen. Denn die Kanzleien waren maßgeblich daran beteiligt, dass Informationen zu Wissen transformiert wurden und dieses wiederum im Idealfall zu politischen Handlungsoptionen und damit in Macht umgewandelt werden konnte. Dass diese Umwandlungsprozesse im besonderen Maße in Krisenzeiten wie der betrachteten eine tragende Rolle spielten, betont die besondere Bedeutung der städtischen Kanzleien in dem gegen Burgund und seine Verbündeten gerichteten Prozess. Um sich diesen äußerst effizienten und immens wichtigen Transformationsprozessen zu nähern und sie zu beschreiben, werden weiterhin die in den untersuchten Quellen deutlich werdenden Techniken der Informationsverwaltung vorgestellt.

Das vierte Kapitel wird sich den in der Forschung zu den Burgunderkriegen noch nicht untersuchten informellen Kontakten zwischen einzelnen Räten aus den unterschiedlichen Städten und den Stadtschreibern zu einem erweiterten Personenkreis zuwenden (Kapitel D). Anhand ihrer Vorstellung sowie der Betrachtung eines „Forums“ für informelle Kontakte, das auf den ersten Blick außerhalb der politischen Institutionen steht, wird der Frage nachgegangen, welche Bedeutung sie vor allem in Krisenzeiten für die Städte und ihre Amtsträger hatten. In diesem Zusammenhang stellt sich die grundsätzliche Frage, ob man informell mit inoffiziell gleichsetzen kann oder nicht. Als sich beispielsweise der Berner Stadtschreiber Fricker bei der Rückkehr von einer Gesandtschaft nach Italien am Comer See aufhielt, muss er dort vom Führungsgremium Berns darüber informiert worden sein, dass die eidgenössischen Kaufleute befreit worden waren. Nur so erklärt sich, warum er sich bereits eine Woche danach an seinen häufigen Briefpartner Albrecht von Bonstetten wandte, um diesen über das Ereignis zu informieren. Mit der Mitteilung von Informationen an Personen, die auf den ersten Blick nicht in die Auseinandersetzung mit Burgund involviert waren, verfolgten die betrachteten Führungsgruppen bestimmte Interessen, die vorzustellen und zu klären ein Ziel des vierten Kapitels ist.

Im anschließenden fünften Kapitel wird der Frage nachgegangen, wie die Informationsübermittlung technisch vonstattengeht (Kapitel E). In diesem wird es um Techniken gehen, die den Amtsträgern in Straßburg, Basel und Bern die Übermittlung, Beschaffung und Verarbeitung von Informationen erleichterten. Ausgehend von einer Beschreibung der Organisation und des Umfangs des Botenwesens der betrachteten Städte, werden in einem ersten Teil zunächst diese bedeutenden spezialisierten Amtsträger und ihre Aufgabenbereiche betrachtet. Denn auch diese waren wesentlich am Informationsfluss beteiligt und spielten so eine wichtige Rolle, dass Wissen und Macht hergestellt wurden. Hier kann das Beispiel der rund zweihundert Briefe in nur drei Wochen im Kontext der Gefangennahme der Kaufleute auf dem Rhein eindrücklich zeigen, wie wichtig die Arbeit der Boten als Übermittler (aber auch als Beschaffer) von Informationen insbesondere in Konfliktzeiten war. Andererseits resultierte aus derart großen Mengen an Briefen vor allem im Verlauf von Kriegen ein Wunsch nach verstärkter Kontrolle bei den Führungsgremien. Daher

werden im zweiten Teil dieses Kapitels Kontrollversuche der Räte und die Gründe dafür vorgestellt. Dort wird es um die Kontrolle der Übermittlungsgeschwindigkeit in Friedens- und Kriegszeiten gehen. Zudem werden mit einigen in den Quellen fassbaren Vorläufern von Feldpost Beispiele für die Übermittlung von Informationen angesprochen, die die Räte unter allen Umständen verhindern wollten.

Im sechsten Kapitel steht dann die Informationsbeschaffung (Kapitel F) im Vordergrund. Eine Betrachtung von Mitteln, Wegen und Techniken, wie die Führungsgremien an Informationen gelangten, stellt ein Desiderat in der Forschung dar. Das ist umso bemerkenswerter, als in zahlreichen Veröffentlichungen die Übermittlung von Informationen als wichtige Funktion angesehen wird, mit der sich Herrschaftsträger legitimierten, doch bisher nur ansatzweise untersucht wurde, woher diese stammten und wie diese gewonnen wurden. Die Führungsgremien wussten, dass gerade in Kriegen wie den betrachteten Auseinandersetzungen mit Burgund jede Information über den Feind oder die Bündnispartner wichtig sein konnte. Um möglichst umfassend informiert zu sein und auf diese Weise ihren Wissensstand kontinuierlich zu erhöhen, griffen sie zum einen auf okkasionelle Informationsquellen zurück, die im ersten Teil dieses Kapitels betrachtet werden. Zum anderen beschäftigten sie mit den so genannten „Kundschaftern“ professionelle Amtsträger, die in ihrem Auftrag Informationen gezielt beschafften und im zweiten Teil behandelt werden. Die erhaltenen Informationen verarbeiteten, verwalteten und systematisierten die Führungsgremien und ihre Kanzleien und transformierten sie in Wissen und damit in politische Handlungen, die wiederum ihre eigene Position und ihrer Verbündeten konsolidierten.

Die Art und Weise, wie die Führungsgremien ihre Verbündeten in der Folge mit Informationen versorgten, wird im letzten Kapitel dieser Arbeit untersucht (Kapitel G). Sie lässt den Eindruck aufkommen, dass sie Informationen sowohl im Untersuchungszeitraum als auch danach als Währung und Propagandainstrument betrachteten und nutzten. Dort wird in einem ersten Teil mit den so genannten „*Cedulae inclusae*“ eine Quellengattung vorgestellt, deren genauen Gebrauchszusammenhänge und Funktionen bisher nur in Ansätzen untersucht wurden und die den Bündnispartnern vor allem in Konflikten eine interessante Technik zur Informationsübermittlung bot. Eng damit hängt der zweite Teil zusammen, in dem es zunächst um die stets drohende Gefahr von Fehlinformationen geht und wie die Führungsgremien dieser Gefahr begegneten. Darauf aufbauend wird dann die propagandistische Verwertung von Informationen analysiert. Eine Zusammenfassung sowie ein Ausblick, in dem der Frage nachgegangen wird, was der schottische Autor Walter Scott (* 1771, † 1832) mit dem Berner Chronisten Diebold Schilling zu tun hat, runden die Arbeit ab (Kapitel H).